

Geschäftsbericht des Landesvorstandes der DPolG Hamburg vom 2020 bis 2025



Im Überblick

1. Vorbemerkung

2. Gewerkschaftspolitische Aktivitäten

3. Schlusswort

1. Vorbemerkung

Hiermit legt der Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG Hamburg) für den Zeitraum von 2020 bis 2025 seinen Geschäftsbericht vor.

Der Geschäftsbericht des Landesvorstandes soll die Delegierten und die interessierte Öffentlichkeit in Kurzform darüber informieren, welche Aufgaben, Ziele und Aktionen im Berichtszeitraum durch den Vorstand in Angriff genommen und umgesetzt wurden.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sich der Geschäftsbericht aufgrund der vielfältigen Aufgaben des Landesvorstandes nur schwerpunktmäßig einigen Bereichen, also den „Highlights“, widmen kann, die von besonderer Bedeutung waren oder sind, sofern sie noch nicht erreicht wurden.

Das Gesamtspektrum der gewerkschaftlichen Arbeit lässt sich in einer Kurzfassung nicht darstellen und würde den Rahmen eines schriftlichen Geschäftsberichtes sprengen.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung des Vorstandes der DPoIG Hamburg aufgrund von gewerkschaftlichen Grundsatzbeschlüssen langfristige Ziele, die über den Berichtszeitraum hinaus andauern, zu verfolgen und umzusetzen. Insbesondere sind hier soziale Grundsatzforderungen zu nennen, wie beispielsweise die bessere, leistungsgerechte Bezahlung von Polizeibeschäftigten und die Verbesserung der Sachausstattung für die Polizei.

Auf den Landesvorstand ist in den letzten Jahren vermehrt die Aufgabe zugekommen, nicht nur soziale Verbesserungen zu fordern und sich für deren Umsetzung einzusetzen, sondern vielmehr nicht enden wollende Verschlechterungsmaßnahmen aufzufangen und zu verhindern. Der enorme Druck in

den öffentlichen Kassen bewirkt bei den Verantwortlichen, dass sie sich zu immer neuen, teilweise absurden Sparideen animiert sehen. Die Wirtschaft kriselt, die Steuereinnahmen brechen ein und der erste Gedanke bei der Politik ist, der öffentliche Dienst muss das ausbaden. Gerne wird in solchen Situationen wieder das Wort vom „sicheren Arbeitsplatz“ bemüht und berechnete Forderungen auch an finanzieller Teilhabe wird abgelehnt. Das haben wir beispielsweise in dieser Amtsperiode insbesondere bei der amtsangemessenen Alimentation gesehen. Es gibt zahlreiche Klageverfahren, die teilweise auch schon beim Amtsgericht Hamburg gewonnen wurden. Dennoch weigert sich die Stadt Hamburg, die Urteile zu akzeptieren und wartet auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Auch die Forderung nach Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wurde brüsk zurückgewiesen. Der Bund hat es vorgemacht und die Polizeizulage erhöht und die Ruhegehaltsfähigkeit wieder eingeführt. Auch wenn im Jahr 2025 die Polizeizulage auf 170 Euro und im Jahr 2026 auf 180 Euro ansteigen wird, liegt die Erhöhung immer noch weit hinter unserer Forderung zurück.

Der Vorstand der DPoIG Hamburg hat mit **gezielten Informationskampagnen, Alternativvorschlägen und Initiativen** öffentlich gegenüber den Medien und den politisch Verantwortlichen Einfluss genommen, um unsere Ziele zu erreichen.

Ein wichtiges Instrument der Gewerkschaftsarbeit der DPoIG Hamburg ist es, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Das erfordert eine offene, faire und konstruktive Zusammenarbeit mit den Medien.

Dieses Instrument hat der Vorstand im Berichtszeitraum sehr erfolgreich eingesetzt. Es ist außerordentlich wichtig auf die vorhandenen Probleme in der Polizei öffentlich hinzuweisen und über

Medien zu transportieren. Nur so wird ein großer Teil der Öffentlichkeit erreicht.

Der stattgefundene Landeskongress 2020 war ein besonderer Landeskongress. Als die Vorbereitungen für den Landeskongress bereits im Frühjahr 2019 begonnen hatten, konnte niemand damit rechnen, dass uns eine Pandemie mit dem Coronavirus bevorsteht. Die dramatischen Auswirkungen auf das gesellschaftliche und öffentliche Leben waren immens. Das stellt uns als Landesvorstand auch vor besondere Herausforderungen. Selbst eine Verschiebung des Landeskongresses in das Jahr 2021 wurde erwogen, aber wieder verworfen. Niemand hätte mit einer verlässlichen Sicherheit sagen können, ob im Jahre 2021 eine Normalität wiederhergestellt ist, die dazu führen würde, dass der Landeskongress unter „normalen“ Bedingungen durchgeführt werden kann. Das bedeutete für uns, dass wir unter Coronabedingungen den Landeskongress 2020 durchführen mussten. **Der Landesausschuss hat mit einstimmiger Beschlusslage die Voraussetzungen für diesen Kongress gesetzt.** Eine Öffentlichkeitsveranstaltung, wie auch die geplante Abendveranstaltung durften aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht durchgeführt werden.

Auch musste der Landeskongress, bedingt durch die gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen, an vielen Stellen von der bisherigen Norm abweichen. Dafür bitten wir um Verständnis.

Im Nachfolgenden stellt der Landesvorstand in einem kurzen Abriss die herausragenden gewerkschaftlichen Aktivitäten, die eigentlichen „Highlights“, der bisherigen Amtsperiode dar. Es können an dieser Stelle selbstverständlich nicht alle gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten 5 Jahre aufgeführt werden. Es soll lediglich in einer Kurzübersicht die prägnantesten gewerkschaftlichen Ereignisse abgebildet werden.

2. Gewerkschaftspolitische Aktivitäten

- Auftaktveranstaltung zur Initiative „Wertschätzungskampagne“ der DPolG Hamburg
- Im Dezember 2020 verhindert der Senat eine amtsangemessene Alimentation, die DPolG ruft ihre Mitglieder auf, dagegen Widerspruch einzulegen.
- Die DPolG Hamburg setzt sich dafür ein, eine Corona-Erkrankung verursacht durch den Dienst, als Dienstunfall anzuerkennen.
- Es wurde die alternierende Telearbeit erkämpft
- Im Mai 2021 reicht die DPolG Hamburg für ihre Mitglieder Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg i. S. amtsangemessene Alimentation ein
- Im August 2021 wurde durch den Kampf der DPolG Hamburg, Corona-Infektion als Dienstunfall anerkannt.
- Erfolg der DPolG bei der Kostenübernahme von Zahnersatz von der Heilfürsorge
- DPolG Initiative erfolgreich, blaues Poloshirt auch für die AIP
- DPolG Forderung im Oktober erfolgreich, CO-Warner werden angeschafft.
- Im Herbst 2021 führt die DPolG Hamburg mehrere Warnstreiks durch.
- Tarifabschluss im öffentlichen Dienst im Januar 2022 in Potsdam mit umfassender Medienberichterstattung
- Während des Berichtszeitraums, ist der Landesvorsitzende der DPolG Thomas Jungfer Gast in zahlreichen Medienformaten.
Diese alle aufzuführen, würde den Rahmen des Geschäftsberichts sprengen und ist teilweise im Einzelnen über das Internet nachzuverfolgen.

- Belastungssituation in Hamburg steigt immens: G7-Gipfel in Elmau hat dramatische Auswirkungen auf Einsatzkräfte in Hamburg – ständige Alarmdienste!
- DPolG Hamburg Forderung erfüllt: Rahmenbedingungen im Ledigenwohnheim werden verbessert
- Landeschef Thomas Jungfer ist im ständigen Gespräch mit Innensenator Andy Grote, um über die vielfältigen Problemstellungen in der Polizei zu sprechen.
- Das Thema amtsangemessene Alimentation wird zum Dauerthema und ein ständiger „Begleiter“ der DPolG Hamburg. Landeschef Thomas Jungfer ist an allen Fronten aktiv und führt mit allen politisch Verantwortlichen Gespräche
- Mehrere Parlamentarische Initiativen des DPolG-Landesvorsitzenden Thomas Jungfer zu mehreren Themen
- Die Medienpräsenz der DPolG Hamburg ist zu allen polizeilichen Themen ungebrochen.
- Senator Grote (SPD) ist während der Landesausschusssitzung im März 2022 zu Gast bei der DPolG Hamburg.
- Der Personalratswahlkampf 2022 beginnt. WIR gehen als geschlossenes und starkes Team in die Personalratswahl 2022 und können viele Erfolge aus den vergangenen Jahren vorweisen.
- Personalratswahl 2022 endet mit einem Sieg der DPolG Hamburg. Die bisher bereits vorhandene absolute Mehrheit wird um einen weiteren Sitz ausgebaut. Im Personalrat der Hamburger Polizei verfügt die DPolG jetzt über 16 Sitze, die GdP über 4 Sitze und der BDK über 5 Sitze.
- Nach der Wahl ist vor der Wahl: unter diesem Motto beginnt bereits die Arbeit der DPolG und ihrer Personalräte mit der Forderung nach der Erhöhung der finanziellen Mittel für die Einsatzverpflegung
- Die neue DPolG-Mitgliederwerbeaktion in Hamburg wird eingeführt. Mit einer umfassenden Kampagne wollen WIR als DPolG Hamburg noch stärker werden und weiterwachsen.
- Der FB Verwaltung in der DPolG Hamburg macht nachhaltigen Druck auf Polizeiführung und Innenbehörde bezüglich der Einstellungsoffensive für AiP. Erfolg: Es werden zusätzliche Stellen geschaffen.
- Der FB Verwaltung fordert ein nachhaltiges und schlüssiges Konzept zur Telearbeit.
- Insbesondere in den Jahren 2021 bis Frühjahr 2022 hat das Corona-Virus unser dienstliches, gesellschaftliches und persönliches Leben noch stark beeinträchtigt. Corona hatte uns leider alle fest im Griff. Alle Maßnahmen bestimmten auch unser gewerkschaftliches Leben. LHV-Sitzungen fanden nicht mehr statt - Seminare, Tagesseminare, gewerkschaftliche Aktionen mussten eingestellt werden. Selbst Einsatzbegleitungen mussten anfangs eingestellt werden. Später führten wir sie dann unter strenger Beachtung der Vorschriften wieder ein, aber nichts war mehr so wie es vorher war. Der Bundeskongress der DPolG im Mai 2020 in Berlin musste abgesagt werden. Ein Novum, dass es seit Bestehen der DPolG noch nicht gegeben hat.
- Seit Februar 2022 beeinträchtigt der Krieg in Europa alle polizeilichen Maßnahmen. Demonstrationen und die Angst von Terror sind ständige Begleiter der Arbeit in der Polizei, aber auch in der gewerkschaftlichen Darstellung.

- Erst im Sommer 2022 haben wir wieder zu all den Maßnahmen, wie z.B. Präsenzsitzungen, Besuche von Dienststellen, Einsatzbegleitungen etc. zurückfinden können. Im Juli 2022 kann der FB Vorstand der Schutzpolizei verkünden, dass die Überziehjacken in der Auslieferung sind. Das Bohren dicker Bretter hat sich gelohnt – ein langer und schwieriger Weg scheint sich dem Ende zu nähern.
- Im Herbst 2022 spitzt sich die Belastungssituation des Vollzugsbereiches deutlich zu: ständige AAH-Aufrufe für Fußball, Demos und Großveranstaltungen bringen die Kollegen/innen deutlich an die Belastungsgrenze. Der FB Schutzpolizei sucht und führt das Gespräch mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer. PL sagte nach dem Gespräch zu, weitere AAH-Aufrufe innerhalb der Polizeiführung zu hinterfragen. Der FB Schutzpolizei machte deutlich, dass wenn sich an der Situation nicht zügig eine Änderung einstellt, es zu weiteren Maßnahmen kommen wird. Nach Reden folgen bei uns immer Aktionen...
- 2023 fanden wieder diverse Warnstreiks und Demonstrationen statt, unter anderem ein „Knöllchen freier Tag“.
- Oktober 2023 Umorganisationsprozess der Personalabteilung wurde durch den Fachbereich Verwaltung eng begleitet.
- 2024 Erfolg der DPolG, die Polizeizulage soll ab August 2025 erhöht werden.
- Im November 2024 findet ein Wechsel an der Spitze des Personalrates statt. Klemens Burzlaff hat sich entschieden, aus persönlichen Gründen den Vorsitz abzugeben. Ronald Helmer wird zum neuen Personalratsvorsitzenden gewählt.
- Die Forderung nach einer „KIPO“-Zulage für Kriminalassistenten wird aufgestellt.
- 2025 fordert die DPolG in der Presse die Kostenbeteiligung der Fußballvereine bei Hochrisikospielen.
- Es wird die Forderung aufgestellt, alle unterwertig besetzten Dienstposten auszuschreiben.
- Ab Juli 2024 Forderung nach der „Hamburg Zulage“. Bis dato dauern die Verhandlungen noch an.
- Im September 2025 trifft sich der Vorstand mit dem Innensenator Andy Grote zum Gespräch.
- Am 06. und 07. November findet der 27. Landeskongress statt und die Kampagne „Der Mensch neben dir startet“. Es werden in allen großen Kinos in Hamburg der Film dazu, im 2. Werbeblock gezeigt.

Fachbereich Schutzpolizei

Die Arbeit des Fachbereichs Schutzpolizei der DPolG Hamburg im Zeitraum von 2020 bis 2025 war geprägt von besonderen Herausforderungen, aber auch von sichtbaren Erfolgen. Bereits zu Beginn dieses Zeitraums stand die Corona-Pandemie im Mittelpunkt, die den polizeilichen Alltag wie auch die gewerkschaftliche Arbeit massiv beeinflusste. Präsenztreffen, Veranstaltungen und Seminare waren kaum möglich, dennoch gelang es, nah an den Kolleginnen und Kollegen zu bleiben und ihre Sorgen und Nöte aufzugreifen. Bis zum Oktober 2021 führte Flemming Schade den Fachbereich, anschließend übernahm Marc-Ulrich Schipper kommissarisch und wurde im März 2022 gemeinsam mit Andreas Dubsky und Fabian Rockhausen in den Vorsitz gewählt.

Von Beginn an war es Leitlinie, dass der Fachbereich sich konsequent an den Bedürfnissen, Sorgen und auch Ungerechtigkeiten der Kolleginnen und

Kollegen orientierte. Besonders sichtbar wurde dies bei Einsatzbegleitungen, die u.a. den direkten und wichtigsten Kontakt zur Basis darstellt. Ob bei Demonstrationen, Fußballspielen, am 1. Mai, bei Übungen oder während der DIS-Woche – die DPoIG war immer präsent. Höhepunkte dieser Begleitungen bildeten die Einsätze in Elmau, bei der Münchener Sicherheitskonferenz, der EURO 2024 und beim HSC / WPC. Hier werden die gewerkschaftlichen „Aufträge“ direkt aus der Basis aufgenommen. Dieses „Ohr auf dem Gleis“ ist die Triebfeder des Fachbereiches.

Zu Beginn der Pandemie forderte die DPoIG klare Schutzmaßnahmen für die Polizei. Besonders wichtig war die Anerkennung einer Corona-Infektion als Dienstunfall, die nach intensivem Einsatz schließlich umgesetzt wurde. Parallel dazu drängte der Fachbereich auf die flächendeckende Einführung der Bodycam, um Kolleginnen und Kollegen rechtlich abzusichern. Durch das Wirken der DPoIG in die Politik war es dem Projekt MobiPol möglich weitaus mehr Geräte für die Kolleginnen und Kollegen anzuschaffen. Mit Stand heute stehen mehr als 4000 Geräte zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt ergab sich aus Problemen in der Heilfürsorge: Eingereichte Heil- und Kostenpläne für Zahnersatz von Alt-Berechtigten wurden nicht mehr anerkannt. Die DPoIG machte diese Ungerechtigkeit öffentlich, forderte Gleichstellung und führte Gespräche mit Politik und Verwaltung. Parallel wurden Verbesserungen bei der Ausstattung gefordert. Die Einführung von CO-Warnern bedeutete einen entscheidenden Sicherheitsgewinn im Streifendienst, und auch beim Wetterchutz und bei der persönlichen Einsatzkleidung wurden Verbesserungen eingefordert. So ist es dem Engagement der DPoIG Hamburg zu verdanken, dass mittels ihrer Wirkkraft in die Politik, die neue Wetterjacke (400 Euro) als „kostenlose“ Erstausrüstung zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Realität des Einsatzdienstes zeigte sich besonders bei der Verpflegung. Kolleginnen und Kollegen kritisierten die mangelnde Qualität und Eintönigkeit der Lunchpakete sowie die hohe Plastikmüll-Produktion. Der Fachbereich forderte daher eine Erhöhung der Tagespauschalen und die Möglichkeit von Warmverpflegung bei langen Einsätzen. Diese Forderung brachte Bewegung in eine jahrelang vernachlässigte Frage.

Ein spürbarer Erfolg konnte mit der Erhöhung der Jahreskontensätze für die Dienstkleidung erzielt werden. Für den Außendienst stieg der Betrag von 190 auf 305 Euro, für den Innendienst von 130 auf 200 Euro. Damit wurde die finanzielle Belastung durch moderne Funktionskleidung abgemildert und ein wichtiges Signal der Wertschätzung gesetzt. Gleichzeitig erneuerte die DPoIG ihre Forderungen zur Polizeizulage und pochte auf die Wiederherstellung der Ruhegehaltstfähigkeit.

Im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2024 bot die DPoIG ein Seminar an, das praxisnah auf Themen wie Sicherheitskonzepte, Drohnenabwehr und Social-Engineering einging. Im Herbst folgte ein weiteres Seminar zur Zivilfahndung, das die Auswirkungen der geplanten Zentralisierung der Fahndungsgruppen beleuchtete und Strategien gegen die Belastung entwickelte.

Ebenfalls 2024 wurde das Thema Bewohnerparken für die Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst auf die politische Agenda gesetzt. Die schwierige Parkplatzsituation rund um die Dienststellen ist seit Jahren ein Ärgernis. Durch hartnäckige Arbeit (mit Unterstützung der Medien) gelang es, hier den Umsetzungswillen der Politik einzudämmen und vorerst einen Stillstand bzw. keine Weiterungen zu erzielen.

Gleichzeitig machte die DPoIG mit Nachdruck auf die unzureichende Umsetzung der verfassungsrechtlich gebotenen amtsangemessenen Alimentation aufmerksam. Statt Verbesserung droh-

te Verschärfung – die DPolG setzte dagegen und hielt das Thema in Politik und Öffentlichkeit präsent.

Das Jahr 2025 war von mehreren Schwerpunkten geprägt. Mit Inkrafttreten des neuen Hamburgischen Personalauswahlgesetzes wurde die Praxis der unterwertig besetzten Dienstposten für über 800 Kolleginnen und Kollegen rechtswidrig. Die DPolG forderte sofortige Ausschreibungen und Beförderungen, um endlich Gerechtigkeit herzustellen. Parallel dazu wurde die Forderung nach der flächendeckenden Einführung des DEIG erneuert, ergänzt durch eine Ausweitung der Bodycam-Ausstattung. Auch die Frage nach moderner Ausstattung im Ermittlungsdienst wurde aufgegriffen: Mit Nachdruck forderte die DPolG die Einführung moderner Einsatzjacken und taktischer Westen, die den Anforderungen der Praxis gerecht werden. Daneben wurde erstmals auch die Zukunftsfrage nach Künstlicher Intelligenz in der Polizei gestellt. In einem eigenen Seminar wurden Chancen und Risiken dieser Technologie beleuchtet.

Schließlich rückte die Frage von Regressforderungen in den Mittelpunkt. Seit einiger Zeit ist/war ein Anstieg von Regressforderungen an die Kolleginnen und Kollegen z.B. nach Verkehrsunfällen mit Streifenwagen zu vermerken. Die DPolG Hamburg nahm diesen Umstand auf und fordert hier eine Begrenzung der Ansprüche auf maximal 1.500 Euro. Der Fachbereich machte unmissverständlich klar, dass Kolleginnen und Kollegen nicht finanziell für dienstlich verursachte Schäden haftbar gemacht werden dürfen. Diese Forderung wurde sogar Bestandteil einer kleinen SKA und wurde im Innenausschuss diskutiert. Das Ergebnis ist noch offen.

Ein weiteres Thema war die Anpassung der Erschweriszulagen, die seit Jahren nicht mehr den Belastungen entsprachen. Auch hier forderte die DPolG Nachbesserungen und stärkere Anerkennung der besonderen Arbeit im Schicht- und Wechseldienst.

Die Arbeit des Fachbereichs Schutzpolizei in den Jahren 2020 bis 2025 zeigt eindrücklich, dass er die Stimme der Basis ist. In knapp 50 Flugblättern wurden Forderungen erhoben, Missstände benannt und zahlreiche Verbesserungen erreicht. Dazu gehören u.a. die Anerkennung von Corona als Dienstunfall, Fortschritte in der Heilfürsorge, Inflationsausgleichprämie, die Einführung von CO-Warnern, die Erhöhung des Kleiderkontos, Verbesserungen bei der Verpflegung, härtere Strafverfolgung nach Angriffen bzw. Widerstand, Erfolge beim Bewohnerparken, die Diskussion um Alimentation und Zulagen, die Weiterentwicklung der Ausstattung mit Bodycams, DEIG, Einsatzjacken und Westen sowie die Sicherung gegen Regressforderungen. Seminare zur EURO 2024, Zivilfahndung und Künstlicher Intelligenz haben zudem Wissen und Rückhalt vermittelt.

Auch in Zukunft wird der Fachbereich Schutzpolizei der DPolG Hamburg mit Engagement, Diplomatie aber auch Streitfähigkeit für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eintreten. Einsatzbegleitungen, Seminare und vielleicht auch wieder Fachbereichssitzungen bleiben das Fundament, um die Anliegen direkt aufzunehmen und in politische Arbeit zu übersetzen. Ziel bleibt es, für eine gerechte Bezahlung, moderne Ausstattung, nachhaltige Fürsorge und Respekt für die Beschäftigten einzutreten. Der Fachbereich wird nicht müde, sich für die Kolleginnen und Kollegen der Schutzpolizei einzusetzen.

JUNGE POLIZEI

2021

Der langjährige Geschäftsführer der Jungen Polizei (seit 2016) Stefan Beuter übernimmt den Vorsitz der Nachwuchsorganisation und wird Landesjugendleiter.

Die Landesjugendleitung vervollständigen ab diesem Zeitpunkt Julia Kupfer

und Nicholas Kriegk als gleichrangige Stellvertreter, nachdem auf dem 26. Landeskongress eine zweite Stelle als stellv. Landesjugendleiter beschlossen worden war. Die kommenden Jahre sind geprägt von der Corona-Pandemie, die das Hauptgeschäft der Jungen Polizei, die Nachwuchsgewinnung an den Nachwuchskräften der Akademie (AK) nahezu zum Erliegen bringen. Bundesjugendkonferenzen (BJK) finden ausschließlich in digitaler Form statt.

2022

Die Corona-Pandemie hält Deutschland und die Welt weiterhin fest im Griff und beeinflusst die Arbeit der Jungen Polizei massiv, dennoch gelingt es, die Beitrittszahlen weiterhin auf einem hohen Niveau halten zu können.

Die Bundesjugendkonferenz findet weiterhin nur digital statt.

Die jährliche Kalenderverteilung wird in der AK durch die Junge Polizei übernommen.

2023

Der bisherige Landesjugendleiter Stefan Bereuter tritt aus persönlichen Gründen zurück und übergibt das Amt an seinen Stellvertreter Nicholas Kriegk, der neuer Landesjugendleiter wird. Als weitere stellv. Landesjugendleiterin wird Flavia Howe in die Landesjugendleitung gewählt.

Der Weg zurück in eine Form der Präsenz birgt jedoch einige Herausforderungen. So laufen zwar die 4 Klassenvorstellungstermine im Jahr und der sog. Kombinierte Versicherungstag (Meet & Greet) wieder an, gerade im Laufbahnabschnitt II (gehobener Dienst) ist die Teilnahme bei letzterem aber so gering, dass teilweise keine einzige Nachwuchskraft das Event besucht.

Die angesprochenen Klassenvorstellungen erfolgen erstmals durch eine neu gestaltete PowerPoint Präsentation und nicht mehr wie bislang als rein mündlicher Vortrag.

Endlich finden auch die Bundesjugendkonferenzen wieder in Präsenz statt. Hamburg wird bei der 1. BJK 2023 in Köln durch Nicholas Kriegk und Julia Kupfer vertreten. Gemeinsam mit Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen wird hier die Schaffung eines Nordverbunds zum besseren Austausch und gegenseitigen Unterstützung der nördlichen Bundesländer im Bereich der Jungen Polizei beschlossen.

Die 2. BJK 2023 in Bremen bereisen Nicholas Kriegk und Christoph Sietz, der sich durch Engagement in der aktiven Mitarbeit hervorgetan hat.

Weiterhin findet die erste bildungspolitische Fahrt nach Berlin über den Abgeordneten Christoph de Vries (MdB) CDU-Fraktion statt. Die Jungen Polizei verteilte Kalender in allen Räumlichkeiten der AK.

2024

Der Vorstand der Jungen Polizei ändert sich erneut, da Flavia Howe aus privaten Gründen ihr Amt niederlegt hat. Für sie folgt die Kollegin Daryl Fee Klatt (geborene Günther) als stellv. Landesjugendleiterin. Den Vorstand vervollständigen als kooptierte Mitglieder Christoph Sietz und Timo Reche.

Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit beschließt Nicholas Kriegk als Landesjugendleiter sowohl Junge Polizei Sitzungen wegen fehlender Teilnahme als auch das Meet & Greet für den LA II abzuschaffen. Diese Entscheidung stützte er auf eine zuvor durchgeführte Evaluation bei den Nachwuchskräften.

Die PowerPoint Präsentation für die Klassenvorstellungen wird neu designt und fortlaufend angepasst und entwickelt. Weiterhin gelingt es der Jungen Polizei bei allen 4 Einstellungsterminen gute bis sehr gute Beitrittszahlen zu erzielen.

Unter anderem unterstützt die Junge Polizei auch bei Übungen der AK und Sporttagen mit einer Einsatzbegleitung

und sponsort für das AK-Sommerfest eine Fotobox.

Die 1. BJK 2024 führt Landesjugendleiter Nicholas Kriegk zum gemeinsamen Austausch nach Nürnberg, bevor es in der zweiten Jahreshälfte nach Hannover zur 2. BJK geht. Weiterhin nahm er in diesem Jahr als Gastdozent am Landesdelegiertentag der Jungen Polizei der DPolG Niedersachsen teil.

Die bildungspolitische Fahrt führt dieses Jahr über die FDP-Abgeordnete Ria Schröder (damaliges MdB) nach Berlin.

Ende des Jahres steht neben der alljährlichen Kalenderverteilung auch noch der dbb-Landesjugendtag an, auf dem die Jungen Polizei mit zahlreichen Delegierten präsent ist.

2025

Die Junge Polizei erfüllt wieder ihre Aufgabe bei den 4 Einstellungsterminen und den Terminen für das Meet & Greet und erzielt auch in diesem Jahr gute bis sehr gute Beitrittsquoten.

Es erfolgt eine Änderung zum Vorgehen in der Gewinnung der aktiven Mitarbeit: In den Klassenvorstellungen wird zunächst auf aktive Gewerkschaftsarbeit hingewiesen. Anschließend werden alle Nachwuchskräfte die Interesse an aktiver Mitarbeit haben zu einem Netzwerktreffen (2x im Jahr) eingeladen und können dort mit bereits aktiven Mitgliedern der Jungen Polizei ins Gespräch kommen. Sollten sie sich zur aktiven Mitarbeit entscheiden, erhalten sie ein Junge Polizei T-Shirt.

Durch dieses Vorgehen wuchs die Anzahl der aktiven Mitglieder von ca. 10 auf mittlerweile mehr als 25 in kürzester Zeit.

Zur ersten BJK fuhren Julia Kupfer und Christoph Sietz nach Erfurt, während Nicholas Kriegk Hamburg bei der 2. BJK in Fulda vertrat.

Neben Flugblättern zur Verpflegungssituation an der AK gab es auch in diesem Jahr wieder eine Fotobox beim AK-Frühlingsfest, sowie die erste Blaulichtparty nach langer Zeit.

Die Fahrt nach Berlin wird dieses Jahr über Aydan Özoğuz (MdB) von der SPD-Fraktion stattfinden.

Fachbereich Verwaltung

Die Jahre 2020 bis 2025 standen für den Fachbereich Verwaltung der DPolG Hamburg im Zeichen großer Herausforderungen und wichtiger Veränderungen. Pandemie, Personalengpässe, Umstrukturierungen und Tarifauseinandersetzungen prägten unseren Arbeitsalltag. Zugleich war es aber auch eine Zeit, in der wir entscheidende Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen erreichen konnten. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über unsere Arbeit der vergangenen fünf Jahre.

Tarifverhandlungen 2020-2025

Ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit war die Begleitung der Tarifrunden.

Die Tarifrunde 2019 brachte stufenweise Entgelterhöhungen von 3,01 % ab Januar 2019, 3,12 % ab Januar 2020 und 1,29 % ab Januar 2021. Diese Ergebnisse wurden auf die Landesbeamtinnen und -beamten übertragen.

Die Tarifrunde 2021 stand ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Ergebnis war eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro (650 Euro für Auszubildende), eine lineare Entgelterhöhung um 2,8 % ab Dezember 2022 sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Euro. Auch diese Verbesserungen wurden auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Begleitet wurde die Runde durch Aktionen wie den "Money-Lauf" der DPolG zusammen mit dem dbb Hamburg, zahlreiche Flugblätter sowie eine Busfahrt zur zentralen Verhandlungsrunde nach Berlin.

Die Tarifrunde 2023 brachte ein Gesamtpaket zur Inflationsentlastung und zur dauerhaften Entgelterhöhung. Beschäftigte erhielten eine Inflationsausgleichszahlung von 3.000 Euro (1.000 Euro für Auszubildende), stufenweise

ausgezahlt im Dezember 2023 mit einer Einmalzahlung von 1.800 Euro sowie in monatlichen Raten von Januar bis Oktober 2024. Ab November 2024 wurde ein Sockelbetrag von 200 Euro vereinbart, zum Februar 2025 folgte eine weitere Steigerung um 5,5 % beziehungsweise mindestens 340 Euro. Auch diese Ergebnisse wurden auf die Landesbeamtinnen und -beamten übertragen. Begleitet wurde die Runde durch den "Knöllchenfreien Tag", einen großen Warnstreik am Dag-Hammarskjöld-Platz nach einer Personalversammlung sowie eine Busfahrt zur dritten Verhandlungsrunde nach Potsdam.

Aktuell steht die nächste Einkommensrunde bevor. Offenes Thema aus 2023 ist die Einführung einer Hamburg-Zulage für bürgernahe Bereiche. Im Einigungspapier sind damit vor allem die Bezirksämter gemeint; für die DPolG gehören selbstverständlich auch die publikumsintensiven Bereiche in Polizei und LBV dazu. Erste Gespräche hierzu laufen bereits.

Am 11. September 2025 fand in Hamburg die Regionalkonferenz zu Einkommensrunde statt, am 17. November 2025 folgt die endgültige Forderungsfestlegung in Berlin. Für die kommende Einkommensrunde setzen wir Schwerpunkte bei fairen Einkommen für alle Beschäftigten und Beamten, der besonderen Beachtung von Schichtdienstleistungen und einem durchführbaren Arbeitszeitkonto sowie bei der konsequenten Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten.

Erfolge im Bereich Personalabteilung und Transformation

Im Bereich der Personalverwaltung konnten in den vergangenen Jahren entscheidende Fortschritte erzielt werden. Nach jahrelangem Drängen wurde die Eingruppierung der Personalsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter in die Entgeltgruppe 9b TV-L durchgesetzt. Parallel dazu wurde erstmals eine übergreifende Strategie zur Personalentwicklung eingeführt und das Recruiting auf solide Strukturen gestellt. Entsprechende Erfolge für die Verwal-

tungsbeamte stehen allerdings noch aus.

Darüber hinaus wirkte die DPolG Hamburg intensiv an der Einführung moderner Arbeitsformen mit. Dienstvereinbarungen zu mobilem Arbeiten und Telearbeit wurden abgeschlossen, die sogenannten "93er-Vereinbarungen" stellten die Mitbestimmung sicher. Auch die Begleitung von Eingruppierungen, insbesondere im IT-Bereich nach der IT-Entgeltordnung, gehörte zu unseren Aufgaben.

Begleitet wurden diese Erfolge durch die aktive Mitwirkung an Umstrukturierungen im Zeichen von "New Work". Raumkonzepte, Teambildung und flexiblere Arbeitsweisen wurden kritisch begleitet, Überforderungen benannt und konkrete Verbesserungen angestoßen, auch im digitalen Arbeiten.

Starke Verbesserungen für Angestellte im Polizeidienst

Nach Jahren der Personaleinsparungen gelang es, die Perspektiven für Angestellte im Polizeidienst entscheidend zu verbessern. Bereits 2017 konnten endlich wieder Lehrgänge eingerichtet werden, sodass der Personalmangel schrittweise abgebaut und Aufgabengebiete jenseits des Objektschutzes erschlossen wurden. Allerdings besteht jetzt durch den Generationswechsel, den Fachkräftemangel und der Konkurrenz zum TVL nicht mehr genügend Personal zur Verfügung. Derzeit arbeiten wir an Überlegungen mit, wie wir wieder mehr Bewerber für den AiP Beruf gewinnen können.

In den vergangenen Jahren wurden diese Erfolge deutlich ausgebaut. Besonders hervorzuheben ist die Schaffung von 100 neuen DGOA-Stellen sowie zehn zusätzlichen Gruppenführerstellen, die die Führungsstrukturen verbesserten und Aufstiegsmöglichkeiten eröffneten. Auch in der neu geschaffenen Struktur "VD 1" wurden AiP Aufgaben geschaffen, wodurch die Aufgabenbereiche erweitert und attraktiver gestaltet wurden.

Zudem konnten Verbesserungen bei der Ausrüstung durchgesetzt werden. Mehrzweckwesten, Außentragehüllen und modernisierte Uniformteile gehören inzwischen zur Standardausstattung. Die DPoIG begleitete Ausschreibungen und Auswahlverfahren, damit beschlossene Stellen und Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt wurden und die Entlastung direkt bei den Kolleginnen und Kollegen ankam.

Erfolge im LBV

Auch im Landesbetrieb Verkehr konnten Verbesserungen erzielt werden. Wiederholt mussten fehlerhafte Abrechnungen und unklare Arbeitszeitregelungen korrigiert werden. Besonders die Beschäftigten im Schicht- und Wechseldienst profitierten von gerechteren Regelungen. Mit kontinuierlichen Gesprächen und Informationsarbeit gelang es, die Situation nachhaltig zu verbessern und mehr Klarheit zu schaffen.

Weitere gewerkschaftliche Erfolge

Neben den großen Themenfeldern konnten auch weitere wichtige Verbesserungen erreicht werden. Ein herausragendes Beispiel ist die Einführung des neuen Berufsbildes "Kriminalassistenten" im Landeskriminalamt - bundesweit einmalig und ein Signal für die Stärkung der Attraktivität im Tarifbereich. Hier gilt es auch im Bereich der Schutz- und Wasserschutzpolizei ähnliche Assistenzberufsbilder zu schaffen. Ebenso hat sich die DPoIG dafür eingesetzt, dass Tarifbeschäftigte künftig Einsatztrainings erhalten, um besser auf Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Auch das Thema Bewohnerparken wurde immer wieder aufgegriffen. Hier übten wir kontinuierlich politischen Druck aus, damit Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst nicht länger benachteiligt bleiben. Der Dienstsport auch für Verwaltungsangehörige in der Dienstzeit als ein Gesundheitsbaustein wurde endlich umgesetzt.

Seminare und Schulungen

Ein fester Bestandteil unserer Arbeit waren die regelmäßig durchgeführten Tagesseminare. Sie boten praxisnahe Informationen zu aktuellen Themen wie Eingruppierung, Tarifrecht, Arbeitszeitregelungen, Gesundheitsschutz oder neuen Arbeitsformen. Diese Seminare förderten nicht nur die Fachkenntnisse, sondern auch den kollegialen Austausch und stärkten die Bindung an die DPoIG.

Fachbereich Kripo

Gesundheits- und Präventionssport (GPS) während der Dienstzeit.

Die DPoIG Hamburg hatte die Forderung gestellt, dass Beschäftigte der Polizei Hamburg während der Dienstzeit an GPS-Maßnahmen (bis zu 48 Stunden pro Jahr) partizipieren dürfen. Diese Forderung wurde erfüllt.

Einfluss auf Strafverfolgungsprozesse - „Gemeinsame Eingangsstelle.

Angesichts stark steigender Zahlen offener Ermittlungsverfahren stellte die DPoIG einen Konzeptvorschlag (KrimStra) vor. Dort wurde u.a. eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft gefordert. Als Erfolgsnachweis gilt, dass die Idee einer Gemeinsamen Eingangsstelle seit November 2024 umgesetzt bzw. eine Arbeitsgruppe unter Leitung des LKA und der Staatsanwaltschaft gegründet wurde. Außerdem ist die Idee in den Koalitionsvertrag der Hamburger Regierungsparteien aufgenommen worden.

Bewusstsein schaffen für Personal-mangel & Aufgabenzunahme

Die DPoIG hat mehrfach öffentlich auf die Personallücken in der Kriminalpolizei Hamburg hingewiesen wie z. B. in einem Artikel: Es fehlen nach DPoIG Schätzungen ca. 150 Kriminalbeamte, was zu Überlastung und Leistungseinbußen führe.

Fachbereich WS

Zusammenlegung der Hafensicherheitsbeamten am WSPK 3 (Harburg)

Im Berichtszeitraum konnte der Fachbereich Wasserschutzpolizei der DPoIG

einen wichtigen gewerkschaftlichen Erfolg verzeichnen:

Nach langwierigen Gesprächen und intensiver Begleitung des Veränderungsprozesses innerhalb der Hamburger Wasserschutzpolizei gelang es, die Zusammenlegung der Hafensicherheitsbeamten am Wasserschutzpolizeikommissariat 3 (Harburg) erfolgreich umzusetzen.

Diese Maßnahme war ein zentrales Anliegen der DPoIG Hamburg, da die bisherige dezentrale Unterbringung zu organisatorischen Nachteilen, Kommunikationsbrüchen und ineffizienten Abläufen führte. Durch die Zusammenlegung am Standort Harburg konnten:

- Arbeits- und Kommunikationswege deutlich verkürzt,
- die operative Schlagkraft der Hafensicherheitskräfte verbessert und
- eine moderne, teamorientierte Arbeitsstruktur geschaffen werden.

Der Fachbereich WSP der DPoIG Hamburg begleitete diesen Prozess konstruktiv, forderte frühzeitig eine Beteiligung der Beschäftigten an der Planung und setzte sich für eine praxisgerechte Umsetzung der Standortlösung ein.

Die Gewerkschaftsvertretung war sowohl in Personalratssitzungen, als auch in Fachgesprächen mit der Behördenleitung aktiv eingebunden. Durch diese kontinuierliche Mitgestaltung wurde erreicht, dass die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in den Entscheidungsprozess einfließen.

Einsatzbegleitung der DPoIG Hamburg auf dem Wasser

Ein Novum des Fachbereichs WSP war die Begleitung und Unterstützung der Einsatzkräfte auf dem Wasser. Die DPoIG Hamburg zeigte hier mittels eines Sportbootes Präsenz bei Großereignissen im Hamburger Hafen.

Die gewerkschaftliche Einsatzbegleitung diente mehreren Zielen:

- direkter Informationsaustausch über Belastungen, Personalbedarf und Ausrüstung,
- Schnelle Rückkopplung an die Behördenleitung und politische Entscheidungsträger.
-

Enge Begleitung beim Bau der neuen Dienstboote

Der Fachbereich Wasserschutzpolizei begleitete den Neubau und die Beschaffung moderner Dienstboote der Hamburger Wasserschutzpolizei eng und konstruktiv.

In Gesprächen mit der Führung der Wasserschutzpolizei setzte sich die DPoIG Hamburg dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen, welche später die Boote in der Praxis arbeiten sollen, mit einbezogen werden, damit die neuen Boote die tatsächlichen Anforderungen des täglichen Einsatzdienstes erfüllen.

Die gewerkschaftlichen Vertreter brachten insbesondere Anregungen zu:

- Sicherheits- und Ergonomieaspekten der Arbeitsplätze an Bord,
- technischer Ausstattung (Navigation, Kommunikationssysteme, Energieversorgung) und
- praktischer Nutzbarkeit bei unterschiedlichen Wetter- und Einsatzlagen ein.

Diese Mitwirkung trug dazu bei, dass mehrere Verbesserungsvorschläge aus der Praxis berücksichtigt wurden, bevor die Boote in Dienst gestellt wurden. Die DPoIG Hamburg sieht dies als Beispiel erfolgreicher Beteiligung und als Ausdruck einer modernen, mitarbeiterorientierten Gewerkschaftsarbeit.

Begleitung der Neustrukturierung der Hamburger Wasserschutzpolizei

Parallel zur Standort- und Flottenentwicklung fand eine behördeninterne Neustrukturierung der Hamburger Wasserschutzpolizei statt. Ziel war eine effizientere Aufgabenver-

teilung, die Anpassung an neue sicherheitsrelevante Anforderungen im Hafen und die Integration moderner Technologien in den täglichen Dienstbetrieb.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg begleitete diesen Prozess eng, kritisch und konstruktiv. Der Fachbereich forderte eine frühzeitige Einbindung der Beschäftigten, transparente Kommunikation und die Sicherstellung, dass strukturelle Veränderungen nicht zulasten der Einsatzbelastung oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen.

Im Ergebnis konnte erreicht werden, dass die Umstrukturierung schrittweise und mit klar definierten Übergangsphasen umgesetzt wurde. Die DPoIG Hamburg stellte sicher, dass die dienstlichen Interessen gewahrt blieben und gleichzeitig die Attraktivität der Wasserschutzpolizei als Arbeitsplatz gestärkt wurde.

Fazit

Der Fachbereich Wasserschutzpolizei der DPoIG Hamburg blickt auf eine intensive und erfolgreiche Phase der Mitgestaltung zurück. Mit der Zusammenlegung der Hafensicherheitsbeamten am WSPK 3, der Begleitung der neuen Dienstbootgeneration und der aktiven Mitwirkung an der Neustrukturierung wurde die Grundlage für eine moderne, leistungsfähige und mitarbeiterfreundliche Wasserschutzpolizei geschaffen.

Diese Ergebnisse zeigen: Gewerkschaftliche Arbeit wirkt auf dem Wasser ebenso wie an Land.

Schlusswort

Dieser Geschäftsbericht soll die Arbeit der DPoIG Hamburg in der zurückliegenden Zeit kurz und prägnant darstellen. Es kann nur eine Skizzierung der Arbeit von fünf Jahren sein. Es waren keine einfachen Jahre, es galt viele Verschlechterungen abzuwenden und das größtmögliche für unsere Mitglieder herauszuholen. Und wir glauben als Vorstand der DPoIG Hamburg sa-

gen zu können: es ist UNS gelungen. Die vielfältigen Aktivitäten des Vorstands, insbesondere in den Medien, sind im Geschäftsbericht nicht gesondert aufgezählt, weil es den Rahmen gesprengt hätte. Dort finden nur bundesweite Fernsehberichterstattungen Erwähnung. Der Landesvorstand ist in unterschiedlicher Besetzung zu Gast bei unterschiedlichen Fernsehsendungen wie z. B. live im Studio bei RTL, SAT 1 oder auch im NDR. Dort haben wir zu aktuellen Themen Stellung bezogen und unsere Forderungen und Positionen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Uns allen ist bewusst, dass nicht alles, was wir erreichen wollten, auch tatsächlich erreicht wurde.

In Zeiten desolater Haushaltslagen, die möglicherweise wieder bevorstehen können und damit einhergehend wieder leerer werdender öffentlicher Kassen, ist es leider eine der Hauptaufgaben einer Gewerkschaft geworden, Verschlechterungen abzuwenden. Wir können an dieser Stelle nicht vorhersehen, welche tiefgreifenden Spuren der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine noch mit sich bringen wird. WIR werden jedenfalls weiterhin mit dem Vorstandsteam in die nächsten Jahre geschlossen und entschlossen gehen.

WIR sind eine starke und engagierte Gewerkschaft und dass das so ist, haben wir vielen engagierten, ehrenamtlich arbeitenden Kolleginnen und Kollegen zu verdanken.

Und allen denen sei an dieser Stelle für ihr Engagement und ihre Hilfe ausdrücklich gedankt. Nur als Team sind WIR stark.

Der Landesvorstand

Hamburg, im November 2025

